



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

B/X/85 - 14.4.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Das Dilemma der Spätheimkehrer	S. 1
Raab, Schärf und Figl	S. 3
Der Fund von Arolsen	S. 5
Bonner Propagandaflut	S. 6

Die "Zuspätgekommenen"

K.J. Als im Jahre 1953 die Sowjetunion Tausende von deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat entließ, war in der Bundesrepublik die Freude groß. Es gab Feiern und Empfänge, offizielle und private Spenden, Theaterkarten, Freifahrtscheine und - viele Versprechungen. Weil es sich aber von alledem allein schlecht leben läßt, und die etwas früher Zurückgekommenen mit einem Sternmarsch auf Bonn drohten, wurde hastig das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz verabschiedet. Zusammen mit dem Heimkehrergesetz sollte es einen Anspruch auf bevorzugte Arbeitsvermittlung, auf Wohnraumzuteilung, Entschädigung, Aufbaudarlehen und manches mehr gewähren.

Soweit scheint denn alles in bester Ordnung zu sein. Die Heimkehrer selbst aber finden ihre Situation gar nicht beneidenswert. Vielmehr stellen sie resigniert fest: "Man sollte uns nicht Spätheimkehrer nennen, sondern besser Zuspätgekommenen." Dafür gibt es mancherlei Gründe. Da ist zuerst einmal zuviel Sand im Getriebe jener Behörden, denen die Betreuung der Heimkehrer obliegt. Die Versorgungsämter brauchen schrecklich viel Zeit, bis sie den Rentenanspruch eines Schwerbeschädigten anerkennen, Regierungspräsidien und Lastenausgleichsämter gewähren nur zögernd Aufbaukredite und Existenzbeihilfen, die Wohnungsämter verschanzen sich hinter der allgemeinen Wohnungsnot. Auf die Kriegsgefangenenentschädigung werden viele noch Jahre warten müssen und viele werden sie überhaupt nicht bekommen, weil längst nicht jeder Heimkehrer auch einen Entschädigungsanspruch

14.4.1955

nat. Die aus sowjetzonalen Gefängnissen Kommenden haben z.B. keinen: Ihr Anspruch auf Haftentschädigung soll nach dem Willen der Bundesregierung demnächst zu einer Art Fürsorgeleistung degradiert werden, die man wohl erbitten, aber nicht fordern kann.

Alles das ist schlimm genug. Doch die Heimkehrer sind Kunter gewöhnt. Sehr ungeduldig aber werden sie, wenn es nicht gelingen will, ihnen Arbeit zu geben. Zur Ehrenrettung der Arbeitsbehörden sei es gesagt, dass sie daran nur zum Teil Schuld tragen. Vielmehr trifft die Arbeitgeber der Vorwurf, sich an der Einstellung von Spätheimkehrern in einem geradezu peinlichen Ausmaß uninteressiert zu zeigen. In ihrer Mehrheit vertreten sie die Auffassung, dass die Berufskenntnisse eines Menschen, der lange Jahre in Gefangenschaft war, verschüttet sein müssen. In der "sozialen" Marktwirtschaft kann man also keine Menschen gebrauchen, die Jahre aus ihrem Beruf "heraus" sind. Es gibt überall Heimkehrer, die sich die Finger an Stellenbewerbungen blutig schreiben, die ihre kärglichen Unterstützungsgelder zum guten Teil für Schreibpapier, Anfertigung von Zeugnisabschriften, Fotos und Briefmarken opfern. Sie betrachten es oft schon als Wertschätzung, wenn man sie einer Antwort würdigt oder mit dem Ablehnungsbescheid gar noch die eingesandten Unterlagen zurückgibt.

Was die Heimkehrer an Enttäuschung, Zurücksetzung und glatter Mißachtung erfahren, ist bis auf Ausnahmen, die die Regel bestätigen, erschütternd. Ihre soziale Lage wird schlaglichthaft beleuchtet durch einen Vorgang, der sich in dem bayrischen Städtchen Durth im Walde abgespielt hat. Dort entschlossen sich 40 Männer, einer Einladung in die Sowjetzone zu folgen, weil man ihnen gute Verpflegung und ein reichliches Taschengeld versprach. Viele von ihnen waren ehemalige Kriegsgefangene aus der Sowjetunion. Was muß wohl ein Mensch, der lange Jahre in sowjetischer Gefangenschaft zugebracht hat, in der Bundesrepublik erlebt haben, dass er freiwillig in den Machtbereich seiner ehemaligen Zwangsherren geht?

Man wird also den Spätheimkehrern, die trotz allen Bemühens noch keine Arbeit bekommen haben, bessere Startbedingungen geben müssen. Der oft geäußerte Wunsch, der Staat möchte doch - ähnlich den für Schwerbeschädigte geltenden Bestimmungen - die Arbeitgeber durch Gesetz verpflichten, eine gewisse Quote an Spätheimkehrern einzustellen sollte ernsthaft überprüft werden. Die schönsten Verordnungen aber werden das Problem solange nicht lösen können, wie die Arbeitgeber eine soziale Verpflichtung geringer achten, als den Eifer um höchstmögliche Ausnutzung der Arbeitskraft. Es darf nicht dahin kommen, dass "Spätheimkehrer" Schörner sich in der Bundesrepublik schneller wieder eingliedern kann als der beziehungslose Gefreite, der im Viehwagen in die Gefangenschaft gefahren ist und im Viehwagen wieder zurückkam. Die kleinen Leute unter den Spätheimkehrern wollen nicht länger Zuspätgekommene sein. * * *

Österreich: drei Porträts

G.B., Wien, Mitte April

In diesen Tagen richtet sich das Interesse der politischen Welt auf Moskau, wo der österreichische Bundeskanzler Raab und seine engsten Mitarbeiter mit den sowjetischen Staatsmännern verhandeln.

Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP), Vizekanzler Adolf Schärf (SPÖ) und Außenminister Leopold Figl (ÖVP) sprechen in Moskau im Namen des österreichischen Volkes, das nach 10 Jahren endlich seine Freiheit in Besitz nehmen möchte, die Österreich gerade von der Sowjetunion trotz jahrelangen westlichen Drängens und der Konzessionsbereitschaft des kleinen Staates an der Donau bis zur Grenze der Selbstachtung durch immer neue Forderungen des Kremls vorenthalten wurde.

Im In- und Ausland nennt man Julius Raab den schweigsamen Kanzler, besser wäre es, ihn den Wortkargen und Eigenwilligen zu nennen. Die harte Selbständigkeit seiner Entschlüsse und gerade seiner Eigenwilligkeit sind es, die ihn kennzeichnen und ihn auf eine überraschende Art den Weg vom kämpferischen Parteimann zum starken Staatsmann gehen ließen. Als er Leopold Figl in seinem Amte ablöste, schüttelten nicht nur die Politiker der gegnerischen Koalitionspartei zweifelnd den Kopf, sondern auch in den eigenen Reihen erhoben sich besorgte Stimmen. Schließlich war Raab bis zu diesem Zeitpunkt der Exponent der Wirtschaft und man befürchtete, dass das so gut geleimte Koalitionsgefüge durch ihn in Trümmer gehen könne. Zur Überraschung aller demonstrierte sich der neue Bundeskanzler nicht mehr als Parteimann, sondern als Staatsmann, der mit wägendem Verstand die Koalition nicht nur zusammenhielt, sondern jedem die Zähne zeigte, der den Versuch unternahm, sie zu sprengen.

Der 63-jährige baute dort auf, wo sein Vorgänger seit 1945 gerodet hatte. Inzwischen hat er seine Bewährungsprobe vor allem auch außenpolitisch abgelegt. Dass er zu direkten Verhandlungen nach Moskau flog, ist nicht zuletzt das Verdienst seiner geradlinigen Persönlichkeit, die selbst seine Gegner anerkennen. Raab stammt

14.4.1955

vom Baufach und leistete in seinem Beruf gute Arbeit. Vielleicht gelingt es ihm als Baupionier jene Brücke zu schlagen, die nicht nur Österreichs Freiheit, sondern auch die ersehnte europäische Verständigung herbeiführt.

Der sozialistische Vizekanzler Adolf Schärf hätte ein geruh-sames Leben, wenn er nur der Stellvertreter des Kanzlers wäre. Der "rote Hofrat", dessen Name in den letzten 10 Jahren zu einem ste-henden Begriff wurde, hält seit Jahren die Fäden der zahlenmäßig stärksten und bestorganisierten Partei Österreichs in Händen. Es ist durchaus nicht der Gedanke von der Hand zu weisen, dass aus diesen Grunde der Bundesparteiobmann der ÖVP Julius Raab auch seiner-seits unmittelbar Einfluss auf die Regierungspolitik nahm. Jetzt sitzen die beiden Parteiführer am Ballhausplatz Tür an Tür ohne sich, wie viele erwarteten, zu duellieren. Der Drechslersohn Adolf Schärf, der noch immer in jenem Wiener Zinshaus wohnt, das er einst als un-bekannter Parlamentarier bezog, verdankt seine Laufbahn vor allem seinem großen Fleiß, der seinen Niederschlag in einem 14-stündigen Arbeitstag findet. Dazu geniesst er den Ruf eines hervorragenden Verfassungsjuristen, der das Amt des Vizekanzlers erst zu einem wirklichen Amt machte.

Ein englischer Journalist charakterisierte den früheren Bundes-kanzler und jetzigen Außenminister Österreichs, Leopold Figl, als den "naivsten, raffiniertesten und tapfersten Politiker". Er dürfte den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Es wäre kaum einem öster-reichischen Politiker nach dem Zusammenbruch gelungen, das kleine gevierteilte und mit größter Schwierigkeiten kämpfende Land um alle Klippen, ohne eine Havarie zu erleiden, zu steuern. Man behauptet nicht zu Unrecht, dass es selbst mit allen Wassern gewaschenen Di-plomaten nicht geglückt wäre. Das Geheimnis seines Erfolges ruht sicher in der Zähigkeit seines bäuerlichen Daseins. Als Sohn einer neunköpfigen Bauernfamilie mußte er sich durchs Studium und Leben raufen. "Der Figl" - wie der Volksmund ihn nennt - ist vielleicht der typisch österreichische unter den heimatischen Politikern, weil er ein Stück dieser Landschaft, dieser Acker ist, weil er in seinem guten Gewissen und seiner bäuerlichen Treue zur Heimat ruht. So tapfer wie er einst im Dachauer Konzentrationslager 25 Stockschläge

ertrug, weil er sich weigerte, seine Heimat "Ostmark" statt "Österreich" zu nennen, so mutig rief Figl in Mookau den Sowjetgewaltigen zu: "10 Jahre Besatzung sind genug!"

Und diese Tapferkeit, die vielleicht die größte Stärke des österreichischen Außenministers ist, machte ihn, der äußerlich nicht gerade sehr ansehnlich ist, trotzdem im In- und Ausland mit Recht zu einem der angesehensten Politiker.

* * *

Dokumente des Grauens

In dem Städtchen Arolsen in Nordhessen sind in einem zweistöckigen Gebäude rund zwanzig Millionen Akten über Insassen von Konzentrationslagern und über nach Deutschland verschleppte Ausländer gesammelt worden. Das Archiv ist nicht vollständig, denn ein großer Teil der Dokumente ist vorzeitig vernichtet oder an sicheren Plätzen versteckt worden. Wie Luitgard v. Stein in der "Frankfurter Neuen Presse" berichtet, sind dem der Alliierten Oberkommission unterstehenden "Internationalen Suchdienst" in Arolsen, bei dem 220 Personen den Schicksalen der Opfer Hitlers nachspüren, um Wiedergutmachungsberechtigten die erforderlichen Unterlagen zu beschaffen, erst kürzlich aus Schweden Akten mit über zehntausend Namen von Insassen des KZ in Ravensbrück zugegangen.

Neben Karteikarten konnten auch Totenbücher aus einzelnen Lagern vor der Vernichtung bewahrt werden. So hat man in der Schreibstube der Hölle von Mauthausen zwei Bücher mit den Namen von 60 000 Toten gefunden. Ein anderes Heft enthüllt die schauerliche Feststellung, dass in Mauthausen allein am 24. Oktober 1942 im Abstand von zwei Minuten 263 Männer "standrechtlich" erschossen wurden. Eine Todesursache ist bei den sorgfältig durchgestrichenen Namen der Hingemordeten nicht angegeben.

Vergessen? So wenig Heiratvertriebene das an ihnen begangene Unrecht vergessen können, so wenig kann die Erinnerung an die Verbrechen ausgelöscht werden, die im Namen des deutschen Volkes begangen wurden. Die im Archiv von Arolsen liegenden zwanzig Millionen Akten sind eine einzige Anklage gegen ein System, das die ganze Welt ins Unglück gestürzt hat. Vergessen? Die Befürchtung liegt nahe, dass, wenn die Alliierten ihre Arbeit in Deutschland einmal einstellen, die Tore des Internationalen Suchdienstes, der monatlich 17 000 bis 18 000 Auskünfte erteilt, geschlossen werden. Wird die Bundesregierung stark genug sein, diese in der Welt einmalige Einrichtung vor dem Zugriff restaurativer Kräfte zu schützen?

(Aus "Die Brücke", Wochenzeitung
der Vertriebenen.)

*

*

*

Verfehlte Propagandamethoden

sp - Der "Politische Arbeitskreis Berlin", eine Filiale der bekannten Regierungspropaganda-Organisation "Arbeitsgemeinschaft Demokratische Kreise" ist, nachdem kürzlich erst eine in Millionen-Auflage erscheinende Mehrfarbendroschüre "Scheibenwischer" Aufsehen erregt hatte, mit einer neuen Propagandaschrift hervorgetreten. Es handelt sich um eine 24 Seiten starke Schrift "Gewehre und Soldaten", mit der offenbar der Verteidigungswille in Westdeutschland verstärkt werden soll. Sie enthält zahlreiche Photos von Aufmärschen der sowjetzonalen FDJ sowie von ihrer militärischen Ausbildung. Auch die kasernierte Volkspolizei sowie die "Rote Armee" werden in der Schrift mit Ausschnitten von den Ereignissen des 17. Juni "in Aktion" gezeigt.

Wir wenden uns durchaus nicht gegen die Aufklärung der Bundesrepublikanischen Bevölkerung über die bedauernswerte Lage der sowjetzonalen Jugend, die z.T. wirklich mit expresserischen Methoden zur militärischen Ausbildung gezwungen wird. Um was es uns aber hier im Interesse der Sauberkeit des öffentlichen Lebens geht, ist die Warnung vor privaten Vereinen, die mit eigentlichen politischen Aufgaben nichts zu tun haben, sondern deren Propaganda entsprechend den jeweiligen Wünschen ihrer Auftraggeber und Geldgeber gefärbt ist.

Während der "Scheibenwischer" nämlich für innerpolitische Gegner bestimmt war, stellt die Schrift "Gewehre und Soldaten" Propagandamaterial gegen die Verhältnisse in der Sowjetzone dar. Offenbar glaubt die Bundesregierung, weiterhin ihre politischen Anliegen und die Bekämpfung ihrer Gegner vermittelt von ihr bezahlter Propagandainstitute mit Aussicht auf Erfolg durchführen zu können. Das ist bedauerlich, denn sie bedient sich damit ähnlicher Methoden wie seinerzeit mit der angeblichen Jugendorganisation BDJ, die ebenfalls nur mit Geldspritzen am Leben erhalten wurde und sich in Nichts auflöste, nachdem der Skandal geplatzt war.

Im Falle des "Politischen Arbeitskreises Berlin" wie auch der "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise" und eines Dutzends weiterer getarnter Propagandaorganisationen wird über Herkunft und Höhe der finanziellen Mittel strengstes Stillschweigen gewahrt. Da die Bundesregierung über insgesamt etwa 50 Mill. DM durch den Bundestag unkontrollierte Gelder verfügt, gibt es kaum handfeste Beweise für die Finanzierung der zahlreichen Propagandafirmen - wenn man nicht deren ausschließlich aus Regierungspropaganda bestehende Erzeugnisse als beweiskräftig ansieht. * * *